

Im Jahre 1969 zog ich nach Wiesbaden. Vorher war ich sechs Jahre tätig im Institut für experimentelle Kernphysik des Deutschen Kernforschungszentrums und der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Wissenschaftler können sich in der Grundlagenforschung voll entfalten, mir als Ingenieur war das "Großpraktikum Forschung" zu wenig wirklichkeitsbezogen.

Meine 1967 gegründete Firma VIDEO DIGITAL TECHNIK, Ulrich Jochimsen - damaliges Hauptgebiet: Fernsehstudioteknik - ist die materielle Basis für meine Arbeit.

Von 1969 bis Ende 1973 habe ich die Hessische Landesregierung bei der Gründungs- und Anfangsphase des Bildungstechnologischen Zentrums BTZ Wiesbaden beraten. Ein Drittel bis zur Hälfte meiner Firmen-Arbeitskapazität ging - ohne Honorar - auf das Projekt BTZ.

Ende 1973 habe ich den Hessischen Finanzminister gebeten, mich meiner Aufgaben als sein Vertreter im Aufsichtsrat der GmbH zu entbinden, da die eingesetzten Mittel, die Möglichkeiten, die Notwendigkeiten dem Erwartungshorizont und den Erfordernissen der Bevölkerung für die Aus- und Weiterbildung in keiner Weise gerecht wurden.

Durch eine Reihe von politischen Fehlleistungen wurde das BTZ zu einem "Institut für Bildungsplanung" als Quasiabteilung des Hessischen Kultusministeriums. Somit ist zwar die Arbeit erhalten und damit nicht sinnlos gewesen. Aber eine wesentliche Chance die neuen Medien systematisch für die Aus- und Weiterbildung zu nutzen und den Kern einer Wiesbadener Universität zu schaffen vertan. Das wiegt um so schwerer in der Zukunft, da zur Bewältigung der Energie-, Umwelt- und Beschäftigungskrise ein funktionierendes BTZ weit über Wiesbaden hinaus Ausstrahlungskraft besaß.

Einige Monate später (1974) habe ich mit Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Regierung das "Institut für Kommunikationstechnologie und Systemforschung e.V." in Wiesbaden gegründet, dessen 1. Vorsitzender ich bin.

Der Wohlstand und damit die Wachstums- und Lebenschancen der Bundesrepublik Deutschland werden in Zukunft noch stärker als vorher davon abhängen, ob das individuelle und gesellschaftliche Know How zügig genug die verschiedenen Lebensbereiche durchdringen wird.

Keine neuen vorwiegend materie- und energieumsetzenden Industrien werden die benötigten Arbeitsplätze schaffen, sondern die Industrien der Informationsproduktion und der Kommunikation. Diese Bereiche sind aber durch Macht- und Monopolinteressen versperrt. Nach der neunten wirkungslosen Konjunkturspritze dämmert den Verantwortlichen jetzt, fünf Jahre nach der Energiekrise, daß sich die Bundesrepublik in einer tiefen Strukturkrise befindet.

Die Politiker, selbst Bundeskanzler und Bundespräsident, werden nicht müde von der besonderen Verantwortung der Wissenschaftler und Ingenieure zu sprechen, um die Verantwortung von sich abzuwälzen. Diese Gruppe wiederum spürt in sich am krassesten den Widerspruch zwischen Reden und Taten, zwischen Notwendigkeit und Realität, zwischen Möglichkeiten und Verhinderungen.

Im Jahre 1975 wurde ich zum alleinigen Vertreter des Staates Hessen in die Bundeskommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (Planungszeitraum 1985 bis zum Jahr 2000) vom Hessischen Ministerpräsidenten berufen. Ich habe die verfassungspolitischen Fragen im Verhältnis zu den technischen Möglichkeiten zur Sprache gebracht, und bin dabei voll mit dem Vertreter des Vorstandes der Siemens AG zusammengeprallt: Wahrung der Intimsphäre des Einzelnen, Schutz vor Abhören, Schaffung von Wettbewerb, Erhaltung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und niedrige Post- und Fernmeldegebühren sind angesichts der Geschäftsinteressen des einzigen deutschen Multinationalen Konzerns kein Gesprächsthema.

Vorstandsmitglied Dieter v. Sanden/Siemens in der Sitzung:

"Jetzt werden Sie bestraft."

Und so sah die Bestrafung aus: Wenige Wochen später waren meine Bankkredite gekündigt. Das war deshalb ein harter Schlag, da ich gerade dabei war, ein Ersatzquartier für das von der Stadt Wiesbaden gekündigte Haus Mainzer Str. 1 zu schaffen. Wenn in der Politik schon Verfilzungen erschrecken, muß man sich fragen, wie auf die Dauer die handfesten Verflechtungen zwischen der Siemens A.G., der deutschen Großindustrie, den Großbanken und der Regierung vertuscht werden sollen.

Zitat aus einem von diesen Gruppen unter Verschuß gehaltenen Gutachten von Prof. Dr. Wernhard Möschel, Tübingen den 25. Juli 1975:

"Die extrem gestörten Marktverhältnisse: ...

- Die 100 %ige Monopolstellung der Deutschen Bundespost (DBP),
 - ihre gesetzliche Absicherung auf Dauer,
 - das Prinzip der Einheitstechnik im hier relevanten Markt,
 - eine extrem ungünstige Angebotsstruktur, nämlich ein enges, teilmonopolistisches Oligopol,
 - die historische Entwicklung des Marktes (keine Neuzugänge, fixe Marktanteile, kein Preiswettbewerb, sondern Siemens-Preisführerschaft), ...
- Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß die Störung der Funktionsfähigkeit von Wettbewerb nicht nur auf Seiten der DBP vollkommen, sondern auch auf der Anbieterseite ganz elementar ist."

Ich habe z. B. vor über vier Jahren das erste europäische Taschenfunksystem VIDIPHON vorgestellt: Keine Straßen-Kabel-Arbeiten, billiger als das jetzige Schnurtelefonsystem, abhörsicherer, die Notrufsäule in der Westentasche, ein Exportartikel ersten Ranges, Verbesserung der Lebenswirklichkeit etc. .

Die DBP verweigert mir eine Herstellungsgenehmigung um eine defekte Telefonschnur auswechseln zu dürfen und schickt Polizei, um Geräte, mit denen in den USA sogar Kinder spielen, zu verhaften. Auf meine wiederholt im Deutschen Rundfunk und Fernsehen abgestrahlten Vorwürfe des verfassungswidrigen Handelns der DBP ist genau nichts erfolgt.

Sie werden sicherlich fragen: "Was geht das die Stadt Wiesbaden an?"

Die Autoren der Verfassung des Staates Hessen sahen das in § 147 :

"(1) Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermans Recht und Pflicht."

Michael Rath im Juni 1978: "Freiheit und Monopol schließen einander aus. Duldet eine freiheitliche Gesellschaft dennoch Monopole, so ist dies - ohne in Widerspruch zu sich selbst zu geraten - nur dann und solange gerechtfertigt, als Monopole der einzige, wenn auch paradox erscheinende Weg sind, Freiheit zu sichern."

Mein Konzept BLACKBOX, das der klaren Abgrenzung des Fernmeldemonopols dient, ist von der KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Generaldirektion für Binnenmarkt und Gewerbliche Wirtschaft, in einem AIDE MEMOIRE für die Leiter der Fernmeldeverwaltungen vom 14. Februar 1978 für die Koordinierung der Entwicklung zukünftiger Fernmeldesysteme aufgegriffen worden. Das sehr zum Ärger des oben erwähnten verfassungswidrigen Kartells.

Bevor ich im Dezember 1974 den Bahnhof Waldstraße in Wiesbaden-Biebrich als zukünftiges Ersatzquartier gekauft habe, wurde mir von Hohen Beamten der Bundesregierung eine Förderung meines Projektes BLACKBOX zugesagt. Die fortschrittsfeindliche DBP zusammen mit Siemens haben verhindert, daß mir für meine Arbeit auch nur ein Pfennig gezahlt wurde, und haben mir wo immer möglich Knüppel zwischen die Beine geworfen. Den Bahnhof Waldstraße habe ich gekauft, um nicht gleich wieder mit meinen Apparaturen umziehen zu müssen und um Alternativen für die Bundesbahn in den 80iger Jahren zu entwickeln. Das Defizit der Bundesbahn steigt jährlich und betrug letztes Jahr 16 Milliarden DM. Im öffentlichen Bewußtsein gibt es kein Konzept für die Lösung dieser unerträglichen Situation. Hinzu kommt, daß diese Misere vor dem Hintergrund der energieknappen Zukunft gesehen werden muß.

Zusammenfassung: In den letzten zehn Jahren habe ich Konzepte gegen die Verstaatlichung des Menschen entwickelt und in die Öffentlichkeit gebracht, damit der Staat vermenschlicht wird. Diese Konzepte realisieren den Verfassungsauftrag in den Gebieten der Zukunftstechnologien der Kommunikation, der Energie- und Verkehrstechnik. Sie stellen außer auf politischem Gebiet keinen Bruch zu dem im II. Deutschen Reich und während der ersten industriellen Revolution geschaffenen Infrastruktursystem dar. Diese Konzepte verwenden das Vorhandene um u. a. neue zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu schaffen.

Kreative Individuen können sich auf einer solchen Grundlage selbst entfalten und bleiben durch nützliche Tätigkeiten in der Gesellschaft integriert. Andernfalls werden die Selbstzerstörung und/oder die Zerstörung der Gemeinschaft unaufhaltsam sein.

Wiesbaden, den 23. Juli 1978